...spreis vierteljährlich: in Münster zweimal tägl. frei ins Haus gebracht 1 Mark 50 Pfg., — wärts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg., rch den Briefträger gebracht überall, wo nur mal im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk. Pfg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Be- lung 2 Mk. 22 Pfg.

Drahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
spr.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
spr.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 78.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. **und Münsterische Volkszeitung.** 32340 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pf.; bei Anzeigen aus dem R.-Bz. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften ꝛc., Vereine und Behörden 25 Pfg.). **Reklamen:** Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. **Mittwoch, 1. Mai 1912.** **61. Jahrgang. Nr. 317.**

Graf Berchtold über die Lage.

Wien, 30. April. **(Drahtb.)**

Der Minister des Auswärtigen Graf Berchtold erstattete im Vierer-Ausschuß der ungarischen Dele- folgendes Exposé:

n den letzten Dezembertagen des abgelaufenen Jahres ein vorzeitig abberufener Amtsvorgänger in kurzen en ein Bild der internationalen Lage, wie sie sich da- darstellte, vor Ihnen entworfen. Die großen Richt- der Politik des Grafen Aehrenthal waren in jener Dar- zwar nicht als solche zum Ausdruck gebracht und nur teilweise zutage getreten, sie waren aber Ihnen aus früheren Kundgebungen des Ministers bekannt und bei diesem Anlaß Ihre neuerliche Billigung gefunden. Beiste jener Kontinuität, welche die Grundlage jeder en Außenpolitik zu bilden hat, wird diese Orientierung erner dann zur Richtschnur, nicht etwa, um beschaulich m gegebenen Punkte stillzustehen, sondern um in ruhi- Selbstbewußtsein auf dem eingeschlagenen Wege fortzu- en.

ie Bande, welche uns mit den alliierten Mächten ver- n, sollen möglichst gefestigt, die Beziehungen, die wir befreundeten Staaten unterhalten, ausgestaltet wer- Dabei wird es unsere Aufgabe sein, eine legitime In- npolitik zu verfolgen, welche im internationalen Leben entwegte Loyalität zwischen unsern Alliierten und en zur Voraussetzung und die zielbewußte Verfolgung berechtigten Ansprüche zur Bestimmung hat. Als igt, durch die Flucht der Jahre und der Ereignisse er- und bewährte Grundlage des europäischen Staaten haben wir den Dreibund übernommen, und wir wol- Dreibunde bleiben, treu in Worten, treu im Geiste, amentlich auch der erhabenen Friedensidee, welcher er ntentionen seiner erlauchten Initiatoren zu dienen be- ft.

nerhalb des Dreibundes besteht unser Ver- is zum Deutschen Reiche unentwegt im Zei- nigsten Einvernehmens. Im Laufe jahrzehntelangen nengehens und Zusammenhaltens zur Ausdrucksform einzigen Solidaritätsbewußtseins geworden, besitzt es unzerbrüchlichen Freundschaftsverhältnis der beiden chen seine höchste Weihe. Die kürzliche Anwesenheit ajestät Kaiser Wilhelms in Schönbrunn als Gast un- llergnädigsten Herrn, hat diese glückliche Tatsache wie- in die Erscheinung treten lassen und den verbündeten ern Gelegenheit gegeben, das auf tief eingewurzelter on begründete und nach übereinstimmendem Endziel lte außerpolitische Wirken der zwei zentralen Mächte ch zu bestätigen und zu bekräftigen.

gleicher Weise tragen unsere Beziehungen zu en unversehrt den Stempel des engen Bundesver- s. Die Wärme des Tones, in welchem die Beileids- ung des Marchese di San Giuliano anläßlich des s meines Vorgängers gehalten war, hat Zeugnis ge- on dem hohen Wert, den man in Rom den loyalen ungen des Grafen Aehrenthal beilegte, das Verhält- Alliierten möglichst vertrauensvoll zu gestalten. Ich ht versäumt, die Kundgebung des italienischen Staats- herzlichst zu erwidern und ihm zu versichern, daß Personenwechsel keine Änderung unserer Politik ein- sei. Der langwierige Waffengang, in welchem unser eter engagiert ist, hat bedauerlicherweise noch keinen gefunden.

hegen den sehr lebhaften Wunsch, daß den blutigen gen ein baldiges Ende bereitet werde. In dieser In- sind wir nach wie vor bereit, im Rahmen der von bachteten Neutralität jeder Aktion beizutreten, welche erscheint, einen befriedigenden Ausgleich herbeizu- Einer sorgfältigen Pflege soll unser Verhältnis zu teilhaftig werden. Es wird Ihnen nicht entgangen ich bei Antritt meines Amtes mit leitenden russi- taatsmännern einen Depeschenwechsel gepflogen habe, die beiderseitigen Absichten in paralleler Richtung im des Friedens wirken zu wollen, zum Ausdruck brachte. Wien wie in Petersburg gewollten Intentionen in den jüngst von Herrn Sassonow abgegebenen gen prägnant gekennzeichnet worden. Wir können einschlägigen Ausführungen des russischen Ministers ern mit Befriedigung Akt nehmen und dem Gedan- inhaltlich beipflichten, da so ein wertvolles Unter- ir die weitere freundschaftliche Ausgestaltung des itigen Verhältnisses gegeben erscheint. Aus dem er- n Umstande, daß keine Interessengegensätze zwischen Frankreich bestehen, finden die ausnehmend guten gen, welche wir mit Frankreich unterhalten, ihr nd ihren Inhalt. Im besonderen tritt diese Tat- dem Gebiete der Orientpolitik in die Erscheinung, em sich die französische Politik gleich der unserigen im iven Sinne betätigt und durch ihren Einfluß darauf daß sich in diesem Wetterwinkel keine gefahr- Wolke bilde. Wir wissen dieses Kongruent freund- er Bestrebungen nach Gebühr einzuschätzen und s als aktiven Posten in unser politisches Kalkül ein-

Vordergrunde der Diskussion befindet sich noch immer erige Problem, eine Grundlage für die Beendigung lienisch-türkischen Konfliktes zu finden. ünglich von meinem Vorgänger ergangene Anregung, prinzipielle Geneigtheit der 5 neutralen Großmächte stellen, an der gemeinsamen Friedensaktion teilzu- hatte Erfolg.

Geneigtheit kam in konkreter Form in dem uf die Initiative des Petersburger Kabinetts er- lediationsversuch zum Ausdruck, der in Rom wie in nopel freundschaftliche Aufnahme fand. Wenn auch genz der von den kriegführenden Teilen geltend ge- Ansprüche nicht gering genannt werden kann, so läßt die Hoffnung nicht abweisen, daß es den fortgesetzten gen der Mächte gelingen werde, schließlich für beide annehmbare Lösung zu finden. Eine solche Lösung ns nicht allein im Interesse der kriegführenden gelegen, sondern ist auch geeignet, die Gefahr der der Ruhe auf der Balkanhalbinsel zu bannen.

Ausdehnung der italienischen Flotten- auf das Aegäische Meer und die damit in Zu- ng stehende Absperrung der Dardanellen durch die Regierung, gab in jüngster Zeit der öffentlichen nicht wenig Stoff zur Erörterung. Wir wollen Anschauung nicht verschließen, daß die an diese be- n Erscheinungen des italienisch-türkischen Konflikts Besorgnis einer gewissen Berechtigung nicht ent- ezüglich der Vorgänge im Aegäischen Meere muß auf verwiesen werden, daß die italienische Regie- Sultan gegenüber den zuversichtlichen Willen zum gebracht hat, an der Grundlage einer Orientpolitik, der Aufrechterhaltung des Statusquo am Balkan rhin festzuhalten. Die seither fortgesetzte Fühlung- t dem römischen Kabinett gibt mir den Anlaß zu ichtlichen Annahme, daß seitens Italiens keine Be- er Ruhe auf der Balkanhalbinsel, geschweige eine des Besitzstandes der Türkei am Balkan zu befor-

ber die Dardanellensperre anlangt, so ließen s angelegen sein, die Aufmerksamkeit der hohen Pforte tlicher Weise auf die nachteilige Rückwirkung der er- Maßnahmen auf unsere Schiffahrt zu lenken und der Ausdruck zu geben, daß die fragliche Verfügung, so- Gefahr für die Dardanellen mehr vorhanden sein hoben wird. Wir konnten hierbei sicherstellen, daß die der Schädigung wichtiger Interessen neutraler Mächte Sperre der Dardanellen bewußt ist und sich mit der ge, sobald die Umstände es erlauben, sofort Vorsorge Freigabe der Durchfahrt zu treffen.

die am 30. März in Fez erfolgte Unterzeichnung des isch-marokkanischen Protektoratsver- ft die Stellung Frankreichs zum scherifischen Reiche behält der Spanien zu reservierenden Zone und der gewährenden internationalen Sonderstellung endgiltig fixiert. Bekanntlich war durch das deutsch-französische Abkommen vom 4. November 1911 die Handelsfreiheit und die wirtschaftliche Gleichberechtigung in Marokko für den Welthandel gesichert. Infolge unserer Zustimmung zu dem Abkommen, haben wir den Anspruch, daß die seitens Frankreich gemachten Zusagen bei der kommerziellen und wirtschaftlichen Betätigung österreichischer und ungarischer Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Marokko innegehalten werden. In der Zustimmungserklärung ist dieses ausdrücklich festgesetzt worden und wir haben keinen Grund zu bezweifeln, daß das unserem Handel und unseren Unternehmungen verbürgte Recht auch unter dem Protektoratregime vollinhaltlich zur Anwendung gelangt.

Die letzten Ereignisse in China verfolgten wir mit Aufmerksamkeit. Obwohl die Bewegung, die mit der Einführung der republikanischen Regierungsform endete, keinen fremdenfeindlichen Charakter trug, wurde unser Marinedetachement in Peking und Tientsin verstärkt. Im übrigen steht der Stationär „Kaiser Franz Josef I." für alle Eventualitäten im Hafen von Schanghai zur Verfügung. In der Frage der Anerkennung der Republik stehen wir in Fühlung mit den anderen Mächten und es ist ein einverständliches Vorgehen gesichert. Wir sind darauf bedacht, unsere Interessen, die in China rein wirtschaftlicher Natur sind, zu wahren und die Bestrebungen in Industrie und in Finanzkreisen nach der zeitgemäßen Ausgestaltung der Beziehungen zu China tunlichst zu fördern.

Somit wäre das Gesamtbild der außerpolitischen Lage im allgemeinen kein ungünstiges. Um jedoch diesbezüglich keine Illusionen aufkommen zu lassen, dürfen wir die tiefgehenden Wandlungen nicht außer acht lassen, die sich in dem System der internationalen Beziehungen und der jüngsten Zeitepoche geltend gemacht haben.

Während bis zur Wende des 19. Jahrhunderts die durch die Bildung des Dreibundes inaugurierte Mächtegruppierung als einfach und klar umschriebene Konfiguration erschien, entstand seither infolge des Abgehens Englands vom Prinzip der splendid isolation und des Eintritts Japans in das europäische Allianzverhältnis, des russisch-japanischen Ausgleichswerkes und last not least der Festlegung weitgehender Interessensphären in Afrika seitens europäischer Mächte ein dichtmaschiges Netz von Übereinkommen und Verständigungen zwischen den Mächten und verschiedenen Gruppements, was die internationale Situation notwendigerweise wesentlich komplizierter macht. Es sollte nicht verkannt werden, daß solche neuen Verbindungen beitragen können, die Gegensätze zu mildern und der Friedenssache zu dienen. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die neu aufgeschlossenen Interessenkreise, deren Inslebentreten unter dem Schutze jener jene Sonderabkommen ermöglicht hat, neben Berührungspunkten auch Reibungsflächen gezeitigt und dadurch ein Element der Unruhe in die Außenpolitik gebracht hat, von welchem es klug erscheint, beizeiten Notiz zu nehmen. Unsere Politik ist eine Politik der Stabilität und des Friedens zur Erhaltung des Bestehenden und Vermeidung von Verwickelungen und Erschütterungen. Wir verfolgen keine Umsturzpolitik, keine aggressive Tendenz und keine Expansionsideen, sind aber geographisch inmitten von Militärstaaten gestellt, die ihre Wehrmacht unaufhaltsam verstärken und hinsichtlich ihrer Entschließungen einer fremden Ingerenz nicht unterliegen. Um diese Friedenspolitik wirksam zu vertreten, sind wir darauf angewiesen, mit der Ausgestaltung der Armee und der Flotte hinter den zeitgemäßen Anforderungen des Kriegswesens nicht zurück zu bleiben. Mit anerkennenswerter Opferfreudigkeit verschlossen Sie sich bisher niemals der zwingenden Logik dieser Erwägungen und wußten die Konsequenzen darauf zu ziehen. Ich möchte auch heute der Hoffnung Raum geben, daß Sie nebst dem auswärtigen Budget auch den dringenden Ansprüchen der Kriegsverwaltung ein verständnisvolles Interesse nicht versagen. Sie stellen sich dadurch in den Dienst eines patriotischen Wirkens, welches neuerliche Bürgschaft schaffen soll für den Schutz unseres moralischen und materiellen Besitztums und die Sicherung des Friedens.

○ Die Maifeier der Sozialdemokratie.

Ein Weltfeiertag sollte für das Proletariat der 1. Mai werden, so lautete der Beschluß des internationalen sozialdemokratischen Kongresses in Paris im Jahre 1889. Mit Hülfe von Reden und Druckerschwärze wurde dann im Jahre 1890 zum ersten Male dieser Tag gefeiert, Weltfeiertag ist er jedoch nicht geworden und wird es nicht werden. Goldene Berge wurden den Arbeitern versprochen, während Aussperrungen für kürzere oder längere Zeit erhebliche Lohnausfälle zur Folge hatten. Im Jahre 1890 wurden im Freudentaumel des Weltfeiertages in einer Münchener Festschrift zur ersten Maifeier folgende Forderungen aufgestellt:

Acht Stunden Arbeit,
Acht Stunden frei,
Acht Stunden ruhen und
Acht Mark dabei.

Wie bald ist doch die kühle Ernüchterung gefolgt! Wie muß die sozialdemokratische Presse die Arbeiter anspornen, um sie überhaupt zum Feiern zu bewegen. Die Dortmunder Arbeiterzeitung glaubt dies dadurch zu erreichen, daß sie über „Junker, Pfaffen, Ritter und Heilige" schimpft, indem sie der Welt mitteilt, daß am 1. Mai der Aufruf zu einem neuen Volksgericht ergehe. Die Forderung der Arbeitsruhe am 1. Mai wird nur noch von der radikalen Richtung in der Sozialdemokratie vertreten, während die Revisionisten zugeben, daß die Aktion ihren Zweck verfehlt hat und die Gewerkschaften den Weltfeiertag verwünschen, weil die Folgen der Feier ihre Kassen oft sehr in Anspruch nehmen. Doch die Partei kommandiert und die „freien" Gewerkschaften folgen und bezahlen.

Wenn Rosa Luxemburg auf dem Parteitage in Nürnberg von einer Unterstützungsfrage nichts wissen wollte und prophezeite, daß die Maifeier für Deutschland noch eine große Zukunft habe, so gibt es zu denken, daß die Gewerkschaftsführer nicht den Mut hatten, im Interesse ihrer Mitglieder ihre eigenen Wege zu gehen. Doch Partei und Gewerkschaft sind ja eins. Wer die Stimmung über die Maifeier kennen lernen will, darf seine Informationen nicht aus den Aufrufen der sozialdemokratischen Presse holen, sondern muß die Debatten studieren, die darüber auf den Parteitagen stattfanden. Die Äußerungen einiger Führer mögen zur Klärung beitragen.

Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete Hue sagte auf dem Parteitage in Essen: „Ich bin ein Gegner der Maifeier, weil sie undurchführbar ist. Sie ist Unsinn, eine Frivolität."

Hoffmann sagte in Nürnberg: „Die Maifeier ist auf unüberlegte Weise zustande gekommen . . . Die Verhandlungen haben gezeigt, daß die Maifeier nicht zu halten ist."

Zubeil in Nürnberg: „Die Maifeier hat unsere Erwartungen nicht erfüllt, weil wir an ihr 18 Jahre lang Pferdekuren gemacht haben. Jetzt erscheint die Maifeier ein verfehltes Unternehmen und wir können nur noch aussprechen: Rückwärts, rückwärts, hinweg mit der Maifeier! . . . Besser wir räumen die Maifeier aus der Tagesordnung weg. Eine Blamage für die Partei ist sie heute schon.."

Bömelburg meinte in Leipzig: „Nur nicht mehr reden über die Maifeier, nicht mehr reden auf den Parteitagen, auf den internationalen Kongressen: denn wir haben die Maifeier totgeredet."

Pokorny sah sich in Bochum zu folgendem Eingeständnis genötigt: „Unsere Maifeier ist keine glänzende, wir müssen ernstlich prüfen, ob wir sie nicht abschaffen oder auf einen Sonntag verlegen."

Gegen die Maifeier haben sich in entschiedener Weise auf ihren Generalversammlungen die sozialdemokratischen Gewerkschaften der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Buchdrucker ausgesprochen, da sie einsahen, daß sie der Partei zu Liebe die erheblichen Kosten tragen mußten. Damit nun die Gewerkschaften bei der Stange blieben, wurde beschlossen, daß von der Partei- und Gewerkschaftsorganisation örtliche Unterstützungskassen eingerichtet werden sollten; auch sollten die Genossen, welche am 1. Mai nicht feiern, den Verdienst für diesen Tag an die Parteikasse abliefern. Es wurde auch der Beschluß gefaßt, gegen solche Parteimitglieder, welche ihren Verdienst nicht abliefern, das Ausschlußverfahren einzuleiten. Von der Durchführung dieses Beschlusses hat man nichts gehört, wohl aber hat er neue Streitpunkte heraufbeschworen; denn wie vorauszusehen war, weigerten die Genossen die Zahlung. Auf dem Kölner Parteitag kam es dieserhalb zu lebhaften Auseinandersetzungen. Es wurde ausgeführt, daß die Nürnberger Gewerkschaftsbeamten ihr Gehalt auf Heller und Pfennig ausrechneten, die Pfennige zerhackten, um den Parteitagsbeschluß zu erfüllen und — zu verhöhnen. Die Direktoren der Hamburger Großeinkaufsgenossenschaft mit einem Gehalt von 12000 Mark hätten sich überhaupt geweigert, die Beiträge zu zahlen. Trotz der Einsicht der Führer, daß die Maifeier ihren Zweck verfehlt hat, weil die Mehrzahl der Arbeiter sie nicht will und die Gewerkschaften kein Interesse daran haben, wird in der sozialdemokratischen Presse tagtäglich für die Feier agitiert, und die Vertrauensmänner der Partei, wie der Gewerkschaften suchen ihre Maifeiermarken an den Mann zu bringen, um so Gelder zu sammeln für eine Feier, die ihren Zweck verfehlt hat. Besäßen die Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften etwas Rückgrat der Partei gegenüber, so würden sie sich nicht zu Dingen mißbrauchen lassen, deren Zwecklosigkeit und Schädlichkeit sie selbst einsehen und eingestehen. Aber Rosa Luxemburg und Ledebour befehlen und die Gewerkschaften gehorchen; denn Partei und Gewerkschaften sind eins.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. April. **(Drahtb.)**

Am Bundesratstisch die Staatssekretäre Solf und Freiherr von Rechenberg.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Mit der

2. Lesung des Etats des Reichskolonialamtes

wird die Beratung fortgesetzt.

Abg. **Waldstein** (fortschr. Vpt.): Über die Notwendigkeit, den Alkoholmißbrauch in den Kolonien möglichst einzuschränken, dürfte bei uns Einmütigkeit herrschen. Dieses Ziel wird aber nur auf internationalem Wege zu erreichen sein. Wir bedauern deshalb, daß von Seiten Frankreichs Schwierigkeiten gemacht werden. Beim Marokkoabkommen interessiert uns hauptsächlich die Frage, wie die Verhältnisse bei den dort bestehenden Konzessionsgesellschaften geregelt werden. Eine rigorose Auslegung der Schadensersatzansprüche könnte mancher Gesellschaft den Lebensfaden abschneiden. Wir wünschen, daß bei Regelung dieser Frage loyal vorgegangen wird. Wir erwarten eine solche Regelung der Angelegenheit, die das von Frankreich erworbene Gebiet für uns wertvoll macht. Die Kolonialkommission sollte weniger auf schnelle und große Rentabilität sehen als ihren Zweck durch die Erschließung des Landes erfüllen. Unsere Baumwollkultur ist durchaus lebens- und entwickelungsfähig. Schmerzlich empfunden wird in den Kolonien der schnelle Beamtenwechsel, und zwar sowohl in der Stelle der Staatssekretäre, wie auch der der Gouverneure. Größere Stetigkeit ist hier sehr erwünscht. Bezüglich des Kolonialgerichtshofes besteht Einigkeit darüber, daß er kommen muß. Der Universität in Frankfurt sollte der Kolonialgerichtshof in Hamburg gegenübergestellt werden. Außerdem müssen koloniale Lehrstühle an den einzelnen Universitäten errichtet werden. Mit dem Schlagwort „Imperialismus" läßt sich unsere Kolonialpolitik nicht bekämpfen. Meint Herr Henke, daß sein Landsmann Lüderitz seinerzeit seine Faktoreien aus Imperialismus, aus Lust zur Machtentfaltung mit eventuellen kriegerischen Verwickelungen begründet hat? In den Kolonien wird darüber geklagt, daß viel zu viel für die Eingeborenen und zu wenig für die Unternehmer geschieht. Eine gute Kolonialpolitik ist für die fortschrittliche Entwickelung eines Volkes unbedingt notwendig. Würde Herr Henke in Bremen eine Volksabstimmung darüber herbeiführen, ob die Kolonialpolitik beibehalten werden soll oder nicht, so würde er finden, daß sich die erdrückende Mehrheit seiner Landsleute dafür entscheidet.

Abg. **v. Liebert** (Reichspt.): Ganz anders als der Abg. Henke urteilen die hervorragendsten Vertreter der Sozialdemokratie über die Kolonialpolitik. Die Baumwollkultur hat, wenn die Bodenverhältnisse auch günstig sind, doch mit Regenzeiten und schwierigen Arbeitsverhältnissen zu kämpfen. Der Vorstoß gegen die Missionare ist völlig unberechtigt. Der Islam ist naturgemäß in der Lage, schnellere Fortschritte zu machen, als das Christentum, da der Islam sich an die niedrigen Instinkte der Menschen wendet, während das Christentum Entsagung verlangt. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Unerfreulich ist es, daß die Kolonien unter dem Zeichen des Gouverneurwechsels stehen. Für den Ausbau des Eisenbahn- und Straßennetzes muß energisch weiter gesorgt werden. Die Behandlung der eingeborenen Arbeiter ist nicht so, wie die Sozialdemokraten sie schildern, um das Volk gegen die Kolonialpolitik zu bestimmen. Vor allem ist es unwahr, daß die Pflanzer noch mit der Prügelstrafe operieren. Die Sklaverei muß aufhören, aber langsam und allmählich, um Schwierigkeiten, die sich sonst leicht in diesem Übergangsstadium einstellen, zu überwinden. Es ist auch notwendig, daß der Straußenzucht mehr Interesse zugewandt wird. Süd-Kamerun sollte durch eine Bahn von der Küste in das Innere des Landes mehr erschlossen werden. Dem Raubbau auf Kautschuk muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Eine größere Unterstützung der Kolonialschulen in Witzenhausen und Weilbach ist im eigensten Interesse der Kolonien notwendig. (Beifall.)

Abg. **Noske** (Soz.): So human, wie der Abg. v. Liebert es darstellt, ist die Behandlung der Schwarzen in den Plantagen doch nicht. Die Nilpferdpeitsche spielt dort immer noch eine bedenkliche Rolle. Lüderitz wollte bei seinen Gründungen, wie andere Kolonialschwärmer, nichts als Provitmacherei treiben. Die Finanzlage des Reiches kann uns nicht ermutigen, große Aufwendungen für die Erschließung weiterer Gebiete durch Bahnbauten zu machen. Auch Herr Erzberger äußerte sich in seinem Artikel anders als wie im Plenum. Von einer Kritik war gestern nichts zu hören. Gegen eine wirkliche koloniale Erschließung rückständiger Länder haben wir nichts einzuwenden. Wir wollen aber keine kapitalistische Kolonialpolitik. Der nationale Wohlstand ist durch die Kolonialpolitik nicht um einen Pfennig gestiegen. Im Gegenteil, viele Millionen sind hineingesteckt worden. 8000 Invaliden fallen den deutschen Steuerzahlern zur Last. Die Entwickelung der Kolonien wird durch das große Heer der Beamten gehindert. Die Beamten fressen die Kolonien auf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts der geringen Zahl von Deutschen in den Kolonien ist der Reichszuschuß enorm hoch. Samoa und Neu-Guinea erfordern angeblich keinen Zuschuß für das Militär; tatsächlich liegen dort aber ständig Kriegsschiffe, deren Kosten rechtmäßig in den Kolonialetat eingestellt werden müßten. Die funkentelegraphische Verbindung nach Togo und Neu-Guinea erfordert sehr erhebliche Zuschüsse.

Geradezu frivol wäre es, die kleinen Siedlungen von Ostafrika angesichts der gesundheitlichen Gefahren und der nicht nennenswerten wirtschaftlichen Resultate zu fördern. In Kamerun hat der englische Handel größere Fortschritte gemacht als der deutsche. Der Alkoholverbrauch in den Kolonien ist nicht so harmlos, wie es der Abg. Erzberger hinstellt. Bei einem Liter bleibt es nicht. Viele Exzesse sind darauf zurückzuführen. Die Summen, die für die Bekämpfung der Schlafkrankheit aufgewendet werden, sind nicht verloren. Vielen Menschen wird dadurch das Leben gerettet. Die Löhne für die farbigen Arbeiter sind geradezu jammervoll. Die Behandlung der Arbeiter bei den Bahnbauten kann in manchen Gegenden als mörderisch bezeichnet werden, da viele gezwungen sind, in Gegenden zu arbeiten, deren Klima sie nicht vertragen. Daher ist die Zahl der Todesfälle sehr groß. Der Kern der Ausführungen des Abg. Henke lag darin, daß das Christentum an den Charakter und das geistige Niveau der Bevölkerung sich nicht anpaßt. Das tut aber der Islam. Wenn sich auch nicht verkennen läßt, daß die Missionen in den Kolonien für die koloniale Entwicklung viel getan haben, so darf das Schulwesen doch nicht den Missionen ausgeliefert werden. Wir wollen, daß in den Kolonien wahre Kultur gepflegt werde.

Staatssekretär des Reichskolonialamts Dr. **Solf**: Mit dem Wechsel in den leitenden Stellen unserer Kolonialverwaltung ist kein Programm- oder Systemwechsel eingetreten. Das bisher festgestellte Programm soll auch weiterhin beibehalten werden. Ich werde mich bemühen, innerhalb dieses Programms die Schutzgebiete zu fördern, wie es in meinen Kräften steht. Wenn ich die Organisation und die Tätigkeit der Kolonialverwaltung in Vergleich setze zu der Organisation der übrigen Reichsämter, so finde ich einen erheblichen Unterschied. Denn während die übrigen Reichsämter jedes für sich ein besonders umschriebenes Ressort bilden, und alle zusammen eine allgemeine Landesverwaltung haben, so ist das Kolonialamt für sich eine allgemeine Landesverwaltung, nur mit dem Unterschied, daß sich diese auf Länder außerhalb Deutschlands bezieht, die mit der Entwicklung Deutschlands historisch und geographisch nicht in Zusammenhang stehen. Deshalb scheint es mir nicht richtig, daß wir ohne weiteres die Parteiverhältnisse, wie sie hier bestehen, auf die Schutzgebiete übertragen. Wenn die Schutzgebiete so weit wären, daß sie ein Parlament hätten, so würden sich da die Interessen ganz anders gruppieren. Daher bedauere ich, daß an der Wiege dieses Amtes die heimische Politik als böse Fee gestanden hat, von der ich es nun befreien möchte. Die Kolonien sollen kein Tummelplatz sein für die Betätigung von Parteiinteressen. Mit dem allgemein ablehnenden Standpunkte des Abg. Henke können wir im 20. Jahrhundert wirklich nichts anfangen. (Sehr richtig!)

Da stimmt die große Majorität des deutschen Volkes und des Reichstages nicht mit überein, selbst die Sozialdemokraten nicht. Ich gebe seiner Partei eine fünfjährige Mauserungsfrist. Ich habe das Gefühl, daß sie schon jetzt anfängt, positiv mitzuarbeiten. (Zwischenruf Ledebours: Wir haben schon immer mitgearbeitet, schon ehe Sie da waren. Heiterkeit.) Von dem „Vorwärts" ist die Frage des Baumwollenbaues durchaus sympathisch besprochen worden. Es ist notwendig, die Gewinnung von Rohprodukten in den Kolonien zu fördern. Das ist die Ansicht sämtlicher Nationen, die Kolonialpolitik treiben. Gegenüber den pessimistischen Ausführungen des sozialdemokratischen Redners weise ich auf die Erfahrungen hin, die Rußland mit der Baumwollkultur gemacht hat, das erst in den 80er Jahren damit begonnen hat und jetzt ⅔ seines eigenen Bedarfes decken kann. Allerdings lagen die Verhältnisse in diesen Ländern günstiger, als in unseren tropischen Kolonien. Ich glaube aber, daß wir in dieser Frage hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können. In der Budgetkommission habe ich mich dahin geäußert, daß die Kolonialverwaltung eine dritte Instanz im Gerichtsverfahren nötig braucht und daß eine Vereinfachung von Verwaltung und Justiz völlig ausscheiden muß. Ich kann mitteilen, daß der neue Gesetzentwurf betr. die koloniale Gesetzgebung fast völlig ausgearbeitet vorliegt und ich hoffe, ihn alsbald dem Bundesrat und dem Hause übergeben zu können. (Bravo.) Die Gerichte in den Kolonien muß ich gegen die scharfen Urteile, die sie zum Teil im ganzen Hause erfahren haben, in Schutz nehmen. Die Laiengerichtsbarkeit ist viel weiter ausgebildet als bei uns. Und wenn ein Richter mit vier Beisitzern ein Urteil fällt, dann kann man doch den Richter allein nicht angreifen, falls es ein Fehlurteil war. Nachdem Herr v. Waechter in dem bekannten Prozeß freigesprochen ist, werden wir alles tun, um ihn für die lange Untersuchungshaft zu entschädigen. Wir wollen aber doch abwarten, bis das Urteil vorliegt, ehe wir über diese Angelegenheit das letzte Wort sprechen. Was die Ausweisung von Weißen aus den Kolonien betrifft, so muß das Recht dazu den Gouverneuren erhalten werden. Denn es geht nicht an, daß ein Weißer mit Eingeborenen womöglich einen Pakt macht gegen seine eigenen Landsleute. Der Behauptung, daß ein christlicher Missionar einem Eingeborenen Vielweiberei erlaubt habe, muß ich als unbewiesen und unrichtig widersprechen. Wenn der Islam dem Christentum gegenübergestellt wird, als ob er eine bessere Einwirkung auf die Eingeborenen habe, so haben wir als christlicher Staat die Pflicht, für das Christentum Propaganda zu machen und ich kann nur erklären, daß der Islam in kultureller Beziehung noch nichts geleistet hat. Die Hanssklaverei müssen wir auf die Dauer völlig ausrotten. Wenn behauptet wird, 75 Prozent aller Fälle, die die Gerichte in den Kolonien beschäftigen, ständen im Zusammenhang mit der Sklaverei, so spricht das doch nur zugunsten der Bestrebung der Regierung, die Sklaverei zu beseitigen. Den Vorschlägen, die zur Abschaffung der Sklaverei gemacht worden sind, stehen wir sympathisch gegenüber. Aber da diese Frage tief in das Leben der Eingeborenen von Afrika einschneidet, so möchte ich Sie bitten, jetzt noch keinen Termin für die endgültige Beseitigung der Sklaverei festzusetzen, sondern die Entscheidung zunächst dem Gouverneur von Ostafrika zu überlassen. Bezüglich des Alkoholverbrauchs in den Kolonien steht die Verwaltung nach wie vor auf dem Standpunkt der Denkschrift Dernburgs. Sie wird alles tun, um den Alkoholverbrauch einzuschränken und für die Eingeborenen zu verbieten.

Auf der Internationalen Alkohol-Konferenz in Brüssel handelte es sich um die Heraufsetzung und Regulierung der in der Brüsseler Akte angegebenen Sperrzone. Leider ging die Konferenz infolge des Widerspruchs Frankreichs ergebnislos auseinander. Wir werden aber die Frage nicht den Augen verlieren und alles tun, um unsere Absicht zu erreichen. (Bravo!) Das Projekt der Südbahn für Kamerun ist durchaus gut. Sie würde den kaufmännischen Interessen der Firmen voll und ganz entsprechen. Aber für das Gouvernement kommen andere Verhältnisse in Frage. Die Schwierigkeiten für die Anlegung von Häfen in Duala und die Möglichkeit, daß sich die Eingeborenen des Hinterlandes dem Vordringen der Gaukreise entgegensetzen werden, wodurch die Verwendung von Polizei und Truppen notwendig werden könnte, werden ihm andere Wege weisen. Der Landstraßenbau geht richtig weiter. Auch die Schutztruppen beteiligen sich lebhaft an dem Bau von Dämmen und dergleichen. Das orientalische Seminar findet unsere eifrige Unterstützung. Über Neukamerun werde ich beim Nachtragsetat sprechen. In der Inderfrage hat die Larbeit nicht gewirkt. Die Inder sind von alters her in Ostafrika ansässig, und so leicht lassen sie sich aus den Kolonien nicht herausbringen. Zur Förderung der Straußenzucht ist schon eine Musterfarm eingerichtet worden. Die Kolonialschule in Witzenhausen wird die gewünschte Unterstützung erhalten. Unsere Beamtenzahl in den Kolonien ist nicht so hoch wie die der Engländer. Auf weitere Einzelheiten werde ich bei den Einzeletats eingehen.

Abg. **Schwarze-Lippstadt** (Zentr.): Der gestrige Redner der sozialdemokratischen Fraktion, der jetzige Vertreter Bremens, Herr Henke, hat ganz gegen meine Erwartung noch viel schärfer, als früher der Abg. Ledebour, gegen die deutsche Kolonialpolitik gesprochen. Herr Noske hat etwas Wasser in den Henkeschen Wein gegossen, sich aber auch als Gegner dieser Kolonialpolitik bekannt. Herr Noske hat auch versucht, Herrn Henke gegenüber dem Abg. Erzberger zu verteidigen. Aber

Alle Mühe ist verloren,
Rein zu waschen einen Mohren.

Den Vorwurf, daß Erzberger ein anderer im „Tag" und ein anderer im Reichstag sei, muß ich auf Grund der Kommissionsverhandlungen entschieden zurückweisen. Erzberger hat in der Kommission Anträge auf Ablehnung der Vermehrung des Beamtenapparates und der Militärlast in den Schutzgebieten gestellt. Herr Noske scheint das vergessen zu haben. Nach Herrn Noske will Herr Liebert keine armen Leute in den Schutzgebieten. Die Sozialdemokraten wollen nicht, daß die Reichen sich dort betätigen. Wer soll es denn nur machen? Etwa der Mittelstand? (Heiterkeit.) Ob die Bremer Arbeiter Herrn Henke auch noch nach seiner gestrigen Rede gegen Herrn Hormann gewählt hätten, ist noch sehr die Frage. Von einem Jammerlied über Deutsch-Südwestafrika in der Kommission kann gar keine Rede sein. Die Arbeiter sollen keine Vorteile von den Kolonien haben? Das ist falsch; sie haben sehr viele Vorteile, wenn das auch im einzelnen nachzuweisen unmöglich ist. Auch der Handel hat Vorteile. Früher hatte Sansibar 80 Prozent des ganzen ostafrikanischen Handels in Händen, jetzt nicht mehr 30. Auch die Behauptung stimmt nicht, daß es mit der Beseidelungsfähigkeit unserer Kolonien nichts sei. Was die Eisenbahnpolitik in den Kolonien betrifft, so billige ich durchaus den Bau einer Süd-Kamerun-Bahn. Ich bin überzeugt, daß in 10 Jahren überall Eisenbahnen laufen werden, wo sie ein Bedürfniß sind. Die Mittellandbahn in Kamerun ist zweifellos nicht richtig projektiert worden. Ich habe seinerzeit schon in der Kommission für die Südbahn als die billigere und bessere mich eingelegt; aber leider vergeblich. Die Eisenbahntarife müssen so gestellt werden, daß sie den Verkehr fördern. Sie müssen sich den

Verhältnissen der Kolonie anpassen und dürfen nicht zu hoch sein. Die Arbeiterfrage spielt ja in unseren Kolonien eine große Rolle; sie muß deshalb immer im Auge behalten werden. Ganz besonders muß man der Art und Weise der Anwerbung und der Behandlung der Arbeiter Aufmerksamkeit zuwenden. Gegenüber den Angriffen auf die Missionare erinnere ich nur an das, was sie dort geleistet haben. Wenn sie wirklich alles das getan hätten, was die sozialdemokratischen Redner von ihnen behaupten — wo würden sie da hin kommen! Den Standpunkt Frankreichs in der Alkoholfrage bedauere auch ich. Den Eingeborenen darf man den Alkohol nicht zugänglich machen. Dann ist der Vorwurf erhoben worden, daß der Handel mit unseren Kolonien so unbedeutend sei. Demgegenüber möchte ich doch zu berücksichtigen wissen, daß allein die Ausfuhr aus unseren Kolonien — Kiautschau dabei ausgeschlossen — vom Jahre 1909 zum Jahre 1910 um 40 Prozent gestiegen ist. Es kann also um den Handel in unseren Kolonien doch nicht so schlecht bestellt sein. Wir sehen vielmehr, daß es auch damit vorwärts geht.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Vorher Wahlprüfungen.

Schluß 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 30. April. **(Drahtb.)**

Am Ministertische Minister des Innern v. Dallwitz.

Präsident Frhr. v. **Erffa** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Die Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

wird beim Kapitel Landratsämter fortgesetzt.

Abg. **Eberhard** (kons.): Den Landräten etwas am Zeuge zu flicken, gilt im liberalen Sinne immer als gute Tat. (Heiterkeit). Von den Klagen über die mißbräuchliche Anwendung des Vereinsgesetzes sind von 25 26 übertrieben. (Heiterkeit). Der Redner geht sodann ausführlich auf die gegen den Landrat Engelmann-Wohlau erhobenen Vorwürfe ein und erregt wiederholt große Heiterkeit, indem er hinsichtlich der Kritik Engelmanns fortwährend zwischen dem Landrat und dem Staatsbürger Engelmann unterscheidet.

Abg. **Ramdohr** (freikons.): Ich möchte warnen vor den Tricks mancher Wahlkontrolleure. Den sozialdemokratischen Wahlkontrolleuren kommt es häufig nicht darauf an, die Wahlhandlung zu kontrollieren, sondern Wahlproteste zu konstruieren.

Abg. Frhr. v. **Wolff-Metternich** (Ztr.): Die Landräte sollten lieber die steuerliche Belastung der Gemeinden zu verhindern suchen, anstatt die Gemeinden zu unnötigen Lasten zu zwingen. Die Bürgermeister werden zu viel als Staatsbeamte angesehen. Wir müßten mindestens mehr Schreibkräfte bekommen. Eine Landgemeinde, die nicht wenigstens 200 Prozent Steuern erhebt, ist in den Augen mancher Aufsichtsbeamten nicht recht auf der Höhe. Die Landbevölkerung wandert deshalb in die Großstadt ab. Die Landräte drängen Kreise und Gemeinden oft zu gewagten Verkehrsunternehmungen, ohne die Kreistage über die finanzielle Wirkung genügend aufzuklären. Auf Grund der veralteten Grundsteuer-Veranlagung werden die Grundbesitzer in ganz unzutreffender Weise belastet. Über das Geschäftsgebaren der Kreissparkassen wird von Gemeindesparkassen lebhaft geklagt, ohne daß die Aufsichtsbehörden etwas ändern. Die Beteiligung der Kreise an allen möglichen Unternehmungen, Überlandzentralen, Wasserwerken usw., wird übertrieben. Die Rentabilität solcher Werke ist meist gering. Die eigentlichen Ausgaben der Kreise werden dadurch überschritten. In der heutigen so reich mit Steuern gesegneten Zeit könnten Landräte und Aufsichtsbehörden eigentlich nichts Besseres tun, als wenn sie die überlasteten Landgemeinden vor Ausgaben und neuen Steuerlasten schützen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Kurzawski** (Pole): Die polnischen Jugendvereine werden schikaniert, selbst die polnischen Hochzeiten und Begräbnisse werden von der Polizei in skandalöser Weise belästigt.

Minister des Innern **v. Dallwitz**: Der Vorredner hatte nicht die Güte, mich von den Dingen, die hier vorgebracht wurden, in Kenntnis zu setzen. Es ist mir daher unmöglich, auf die einzelnen Fälle einzugehen. Was den vorgebrachten Fall Schrimm betrifft, so ist der Landrat mit diesen Dingen nicht befaßt worden; es ist ihm auch keine Beschwerde eingereicht worden.

Abg. **Sielermann** (kons.): Die vom Abg. Friedberg über die Wahlbeeinflussung vorgebrachten Beschwerden sind unbegründet.

Abg. **Gyßling** (freis.): Die Öffentlichkeit der Wahl muß in weiterem Maße als es jetzt der Fall ist, garantiert werden. Die Tätigkeit der Wahlkontrolleure würde sich in der Hauptsache erübrigen, wenn wir endlich einheitliche Wahlurnen bekämen. Wir verharren bei der Auffassung, daß ein Teil der Landräte eine einseitige parteipolitische Tätigkeit zugunsten der konservativen Partei ausübt.

Abg. **Friedberg** (natl.): Den Vorwurf der Wahlbeeinflussung können die Landräte in zahlreichen Fällen nicht abweisen. Wir können nicht billigen, wenn der Abg. Eberhard bei derselben Person einen Unterschied machte zwischen Landrat und Staatsbürger. Der Ministerpräsident wies wiederholt darauf hin, daß die politischen Beamten bei den Wahlen sich der Parteinahme enthalten sollten. Leider gilt dieser Grundsatz nicht als Richtschnur für die einzelnen Ressorts. Ich bitte den Ministerpräsidenten zu sorgen, daß in den einzelnen Ressorts ein strafferes, einheitlicheres Regiment herrscht. (Beifall rechts.)

Die allgemeine Besprechung wurde geschlossen.

Die Petition um eine weitere Übernahme der landrätlichen Bureaugehilfen in den Staatsdienst wird zur Berücksichtigung überwiesen, soweit die Anstellung als Kreisassistenten in Frage kommt; soweit die Petition die Anstellung als Versicherungssekretäre bei den neuzuschaffenden Versicherungsämtern betrifft, wird sie als Material überwiesen.

Die Abgg. **Schröder**-Cassel (natl.) und **Hagen** (Ztr.) traten für Erhöhung der Dienstaufwandentschädigungen für Landräte ein.

Geheimrat **Ziller** wies darauf hin, daß dafür 500 000 Mark mehr eingestellt seien.

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Nach einem Ministerialerlaß soll zu Versicherungsobmännern jeder juristisch vorgebildete Beamte, auch Diplomingenieure in Betracht kommen. Es ist zu wünschen, daß auch Diplomingenieure der Handelshochschulen einbezogen werden. Gerade die Handelshochschule ist zur Vorbereitung auf diesen Beruf außerordentlich geeignet.

Ein **Regierungskommissar**: Vorläufig werden wir so auszukommen suchen. Später, wenn Erfahrungen vorliegen und die Notwendigkeit der Festsetzung der besonderen Ausbildungsvorschriften vorliegt, werden wir die Verwaltungsschule in Cöln entsprechend berücksichtigen.

Minister des Innern **v. Dallwitz**: Ich erklärte bereits im vorigen Jahre, daß jeder Beamte, nicht nur der politische, sich auch in der in Wahlzeiten gebotenen Sachlichkeit auf Objektivität befleißigen muß. Das ich ein agitatorisches Hervortreten der Beamten in der Öffentlichkeit, gleichviel ob in konservativem oder liberalem Sinne nicht billigen kann, ist selbstverständlich. Es kann keinem Beamten verwehrt werden, seine politische Gesinnung zu betätigen, sofern der Takt der Zurückhaltung, die ihm die Rücksicht auf sein Amt auferlegt, beobachtet wird.

Beim Kapitel: „Polizeiverwaltung Berlin und Umgebung foderte

Abg. **Bell** (Zentr.): Das todesmutige Vorgehen der Pariser Polizei, welche das Verbrechertum der Apachen bis in seine Schlupfwinkel und Höhlen verfolgt hat, lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Kriminalpolizei, die dringend einer Reform bedarf. Zu wünschen ist vor allem eine höchste Zentralisation; vielleicht empfiehlt sich die Einberufung eines deutschen Polizeikongresses, der sich dann auch mit der praktischen und theoretischen Ausbildung der Kriminalkommissare beschäftigen könnte. Zu erwägen ist, ob nicht polizeiliche Fachakademien gegründet werden könnten. Der Minister hat mit der Einrichtung der Vorbildungskurse für Kriminalbeamte sich volle Anerkennung verdient. Zu bedauern ist nur, daß diese Kurse von den Polizeibeamten der Provinz sehr wenig besucht werden.

Minister des Innern **v. Dallwitz**: In der Richtung der Anregung des Vorredners sind bereits Schritte getan. Die Frage des zeitweiligen Austausches der Polizeibeamten zwischen den einzelnen Bundesstaaten wird erwogen, um eine möglichst vielseitige Ausbildung der Beamten herbeizuführen.

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Die Wohnungsfrage ist unzureichend. Peinlich berührt der Eifer, mit dem die Kriminalbeamten bemüht sind, möglichst viele Mädchen zur Strecke zu bringen. Der Prozeß der Witwe Hermann, die jetzt endlich ein obsiegendes Urteil erreicht hat, ist ungebührlich lange hingeschleppt worden.

Abg. Dr. **Schröder**-Cassel (natl.) wünscht bessere Dienst- und Anstellungsverhältnisse für die Berliner Feuerwehrleute.

Abg. Dr. **Runze** (fortschr. Vpt.): Durch Verfügung wird ein Zusammenschluß der Unterbeamten zur Erreichung wirtschaftlichen Vorteile mit dem Beamteneide als unvereinbar erachtet. Es ist aber das gute Recht der Beamten, sich zu versammeln.

Nach kurzer Befürwortung durch den Abg. **Bierew** (frk.) wird die Petition um Beibehaltung der in Abgang gestellten Polizeiassessoren- und Polizeiratsstellen in Berlin der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, daß die beabsichtigte organisatorische Änderung ohne Härten für die Petenten durchgeführt wird.

Nach kurzen Ausführungen der nationalliberalen Abgg. **Wendlandt** und **Witzmann** ist das Kapitel erledigt.

Beim Kapitel Polizeiverwaltung in den Provinzen dankte Abg. **Goebel** (Ztr.) für die Einrichtung der Polizei in Zabrze.

Auf eine Anfrage des Abg. **Wenden** (kons.) erwiderte der Minister des Innern **v. Dallwitz**: Es schweben Verhandlungen über eine schärfere Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung zwecks Bekämpfung des Animierkneipenwesens.

Abg. **Gaigalat** (Lit.) forderte strengere Bestimmungen zur Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenusses, sowie zur Bekämpfung der Prostitution.

Abg. Dr. **Faßbender** (Zentr.) bespricht die Mißstände, die dadurch entstanden sind, daß sich jeder Waffen kaufen und tragen kann, und regt an, eine gesetzliche Regelung durch Änderung der Gewerbeordnung zu erstreben.

Abg. **Flesch** (Freis. Vgg.) führt Beschwerde über die Übergriffe des Essener Polizeipräsidenten, der dem Zechenverband die Liste der streikenden Bergleute bekanntgegeben habe.

Minister Frhr. **v. Dallwitz**: Der Beamte ist mit den höchsten zulässigen Ordnungsstrafen belegt worden. Die Entlassung konnte nicht verfügt werden, da es dazu eines förmlichen Disziplinarverfahrens bedurft hätte, das durch das Vorgehen nicht begründet war.

Nach Ausführungen der Abgg. **Bell** (Zentr.), **Schifferer** (natl.) und des Minister des Innern wird das Kapitel bewilligt.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. **Haarmann** (natl.) und **Hoffmann** (Soz.) wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung nach 6 Uhr.

Der Kriegsminister über das Duell.

Berlin, 30. April. **(Drahtb.)** Die Budgetkommission des Reichstages trat zur Beratung der Wehrvorlagen zusammen. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Kriegsminister v. Heeringen das Wort, um, wie im Plenum angekündigt, zur Duellfrage Stellung zu nehmen. Er führte aus: Herr Erzberger bezeichnete am 24. April die über die Verabschiedung des Oberarztes Sambeth ergangene allerhöchste Order als einen Schlag gegen das christliche Volk. In der Erregung gab ich meiner Erwiderung eine ungewollt scharf klingende Fassung, die zu meinem Bedauern zu vielen Mißverständnissen Veranlassung gegeben hat. Ich habe niemals im Sinne gehabt, einen Herrn, der aus reinen und edlen Motiven Duellgegner ist, als wenig würdig anzusehen. Ich habe den mir von der Presse in den Mund gelegten Ausdruck: „Er paßt nicht in die gesellschaftlichen Kreise", wie ein Einblick in das unkorrigierte Stenogramm zeigt, überhaupt nicht gebraucht. Ich würde mich mit dieser Herabsetzung der Gegner des Zweikampfes auch mit der angegriffenen Order in schroffem Gegensatz gebracht haben, denn diese vertritt ja gerade den umgekehrten Standpunkt.

Das Ehrengericht der Sanitätsoffiziere der 15. Division hatte Sambeth wegen Verletzung der Standesehre verurteilt und einen schlichten Abschied vorgeschlagen. Eine allerhöchste Order lehnte demgegenüber die Bestätigung des Spruches ab und betonte in bestimmter Form, daß eine Duellverweigerung aus religiösen Gründen nicht Gegenstand einer ehrengerichtlichen Untersuchung sein könne, d. h. mit anderen Worten, daß hier überhaupt keine unehrenhafte Handlung vorliege. Sambeth brachte sich jedoch mit der Begründung der Duellverweigerung im Gegensatz zu seinen Standesgenossen. Seine Auffassung — und die meinte ich bei der Erwiderung — gipfelte darin, daß er einen Zweikampf mit dem Beleidiger ablehne mit Rücksicht auf die göttlichen Gebote, die menschlichen Gesetze, die logische Vernunftlehre, seine Stellung als Familienvater und die Satisfaktionsunfähigkeit seines Gegners. Für letztere Behauptung konnte er nichts als dessen angeblich schlechten finanziellen Verhältnisse anführen. Wenn die allerhöchste Order Sambeth zur Einreichung des Abschiedsgesuches veranlaßte, so stellte sie damit keinen neuen Grundsatz auf, sondern vertrat das, was in der deutschen Armee von jeher geherrscht hat und noch herrscht und bei zahlreichen Duelldebatten im Reichstage in den Erklärungen meiner Amtsvorgänger stets Ausdruck gefunden hat. Danach steht die Duellverweigerung in so scharfem Widerspruch zu dem in der Armee und in weiten Kreisen darüber hinaus tatsächlich herrschenden Anschauungen über die Wiederherstellung verletzter Ehre, daß die Offiziere, die im gegebenen Falle den Zweikampf verweigern, in einen Gegensatz zu den Grundanschauungen der Kameraden geraten, der nicht ertragen werden kann.

Trotzdem sehe auch ich den Zweikampf als ein Übel an und werde wie bisher mit allen Mitteln zur Einschränkung beitragen, wie dies meine Pflicht als Kriegsminister ist. Eine gewaltsame Beseitigung ist aber nicht möglich. Die allerhöchste Order vom 1. Januar 1890 weist einen praktischen Weg, das Duell nach Möglichkeit einzuschränken. Infolgedessen ist dasselbe wegen nichtiger Ursachen aus der Armee überhaupt verschwunden. Ein voller Erfolg wird aber erst möglich sein, namentlich bei Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Armee und Personen außerhalb derselben, wenn durch eine Änderung der Gesetzgebung der Schutz der persönlichen Ehre wesentlich verstärkt ist. Die Duellfrage schließt die schwersten ethischen Konflikte in sich und kann nicht kurzerhand durch Gesetzgeber gelöst werden. Dies ist auch von grundsätzlichen Duellgegnern wiederholt, wenn auch beklagt, so doch zugegeben worden. Dieser Lösung näher kann sie nur auf praktischem Wege geführt werden, den die Armee seit 1897 eingeschlagen hat.

Die Erklärung des Kriegsministers wird auf Antrag der Kommission zu Protokoll genommen. Das Zentrum behält sich seine Stellungnahme zu der Angelegenheit vor bs der Wortlaut der verlesenen Erklärung des Kriegsministers vorliege. Ebenso die Nationalliberalen, welche beantragen, diese Angelegenheit zum Gegenstande einer besonderen Beratung zu machen, die erst später begonnen werden soll, wenn die Fraktion sich damit beschäftigen werde. Die Fortschrittliche Volkspartei vertritt den gleichen Standpunkt. Die Sozialdemokraten sind nicht damit einverstanden, und erklären die Ausführungen des Kriegsministers für nichtssagend. Es sei zweckmäßig, sofort in die Erörterung einzutreten. Da indessen die übrigen Parteien anderer Meinung seien, würden sie auch mit einer Vertagung einverstanden sein. Die Sozialdemokraten haben folgende Resolution eingebracht: „Den Reichskanzler zu ersuchen, er möge die erforderlichen Schritte tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heer dadurch ein Ende zu machen, daß ein jeder Offizier oder Militärbeamter, der zum Duell auffordert oder eine Aufforderung annimmt oder sonst bei einem Duell mitwirkt oder durch die Androhung mit Benachteiligung irgendwelcher Art einen Angehörigen des Heeres zum Duell zu veranlassen sucht, aus dem Heeresverbande zu entfernen." Hierauf nahm der Kriegsminister das Wort zu allgemeinen Darlegungen über die militärischen Gesichtspunkte, aus denen die Vorlage entstanden ist. Die Mitteilungen, die er in diesem Zusammenhange über die Heeresformation der anderen europäischen Staaten machte, sind naturgemäß vertraulich. Es wird aber am Schluß seiner Ausführungen in Aussicht gestellt, daß ein Auszug daraus für das Protokoll und damit für die Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden solle. Die Sozialdemoraten erhoben darauf Einspruch wegen der Abwesenheit des Reichskanzlers. v. Kiderlen-Wächter äußerte sich darauf über die internationale Lage. Er wiederholte im ganzen die Ausführungen, die der Reichskanzler in seiner letzten Etatsrede über die auswärtige Politik gemacht hat. Die Einzelheiten, die er über die Beziehungen zu den anderen Mächten darlegte, sind natürlich auch vertraulich. Es wird darauf nur erwähnt, daß die Verhandlungen mit England weitergehen. Nach diesen allgemeinen Darlegungen wurden die Einzelheiten der Militärvorlage vom Regierungsvertreter besprochen. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, die dann zum Worte kamen, waren einig in der Notwendigkeit einer Heeresverstärkung. Es folgte dann noch eine längere Aussprache über die Jugendpflege. Der Kriegsminister äußerte sich dahin, daß die Jugendpflege sehr notwendig sei.

Zur Frage der Mannschaftslöhnung hatten die Sozialdemokraten beantragt, eine Erhöhung von 10 Pfg. pro Kopf eintreten zu lassen.

Am Schluß der heutigen Beratung der Budgetkommission erklärte der Kriegsminister gegenüber der von einem nationalliberalen Kommissionsmitgliede angeregten Bildung der Ersatzreserve, daß, ganz abgesehen vom Kostenpunkte, er die Wiederaufnahme einer derartigen Organisation auch aus militärischen Gründen nicht für angezeigt halte.

Die weitere Aussprache wurde auf morgen vertagt.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstage.

⊡ **Die Spezialkommission** zur Vorberatung des Gesetzentwurfes betreffend Beseitigung des Branntweinkontingents trat in ihrer gestrigen Sitzung in die Generaldiskussion in. Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die Vorlage nicht freudig begrüßt würde, insbesondere in den Kreisen der Brennereibesitzer. Eine durchgreifende Revision sei jetzt nicht angängig. Eine solche würde eine monatelange Arbeit der Kommission wie des Plenums erfordern. Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei betont, daß seine Freunde und die der Liebesgabe nicht nur das Kontingent, sondern auch den Durchschnittsbrand und den Vergällungszwang wünschen. Für die süddeutschen Reservatstaaten müsse eine entsprechende Spannung von mindestens 10 Mark gefordert werden. Ein Mindestgehalt an Alkohol dürfe nicht festgelegt werden. Ein konservativer Redner spricht sich für Festlegung des Mindestgehalts an Alkohol aus, da hierdurch der Käufer geschützt würde. Die Differenzierung der süddeutschen gewerblichen Brennereien ist sehr bedenklich. Sie dürfte höchstens 1 Mark betragen. Im großen und ganzen stimme aber die konservative Partei dem Gesetze zu. Der Preis des Branntweins müsse dann aber in die Höhe gehen. Von nationalliberaler Seite wird ausgeführt, daß die Kontingentsmenge für die süddeutschen Reservatstaaten zu hoch sei n Die Nationalliberalen werden an der Beseitigung der Liebesgabe mitarbeiten, behalten sich aber vor, ob sie eine sofortige gesetzliche Beseitigung oder eine allmähliche Beseitigung verlangen. Der sozialdemokratische Redner betont, daß das Gesetz nicht den Wünschen seiner Freunde entspricht, weil die 36 Millionen Mark durch eine indirekte Steuer herausgeholt würden. Seine Freunde würden sich Anträge zur Abänderung des Durchschnittsbrandes und des Vergällungszwange vorbehalten.

Ein Mitglied des Zentrums meint, daß nur eine kleine Preissteigerung nötig sein würde. Die 36 Millionen würden überwiegend die Brennereien tragen. Die große Bewegung in diesem Gewerbe ist daher verständlich. Auf die süddeutschen Reservatstaaten muß unbedingt Rücksicht genommen werden. Der Redner der polnischen Fraktion ist der Aufhebung der Liebesgabe wenig geneigt. Seine Freunde aber würden mitarbeiten. Eine Preiserhöhung des gewerblichen Spiritus müsse unter allen Umständen vermieden werden.

Im weiteren Verlaufe wies ein Zentrumsredner auf die Unruhe hin, die im Brennereigewerbe entstanden sei. Die Aufhebung der Liebesgabe würde er persönlich nicht begrüßen. Das Kontingent hatte den Zweck, die Produktion der norddeutschen Brennereien gegenüber den süddeutschen einzuschränken. Will man die süddeutschen Brennereien schützen, so darf der Durchschnittsbrand nicht aufgehoben werden. Für gewerbliche Brennereien der Reservatstaaten sollte ein Maximalkontingent festgesetzt werden. Die württembergischen und badenschen Brennereien hatten seinerzeit ein sehr hohes Kontingent bekommen. Die Vergällungspflicht ist nicht unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Dies wird noch genauer zu prüfen sein. Die 36 Millionen würden wohl schwerlich in der Hauptsache vom Konsum getragen werden. Die Produktion würde sicher zurückgehen, und die Brennereien würden sich selbst schädigen. Trotz aller Bedenken wird das Zentrum an dem Gesetz mitarbeiten. Dem Interesse der Konsumenten und der Brenner wird die Bestimmung, daß Brennspiritus nur literweise ausgegeben werden darf, angemessen sein.

Dann schließt die Generaldiskussion; die Kommission vertagt sich auf morgen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Wahl beschäftigte sich in ihrer Sitzung am Dienstag mit der Wahl des Präsidenten Kaempf. Kaempf ist bekanntlich mit einer Mehrheit von 9 Stimmen gewählt worden. Der Einspruch stützt sich auf angeblich falsche Eintragungen in die Wählerlisten. Zu einem Ergebnis ist die Kommission heute noch nicht gekommen. Doch lassen die Verhandlungen darauf schließen, daß Beweiserhebung beschlossen werden wird. Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Unterstützung notleidender caritativer Vereine.

Von parlamentarischer Seite wird der Zentrums-Parlaments-Korrespondenz geschrieben:

Es ist eine bekannte Tatsache, daß caritative Vereine, ungeachtet der bewunderungswürdigen Opferwilligkeit der Katholiken, nicht immer in der Lage sind, allen an sie herantretenden Anforderungen gerecht zu werden. Manche jener Vereine haben daher mehr oder weniger mit Not zu kämpfen und müssen ihre Leistungen bedauerlicherweise zeitweilig einstellen. Allen diesen Vereinen wird die Mitteilung nicht unwillkommen sein, daß die Regierung einen Fonds besitzt, aus dem ihnen Beihülfen gewährt werden können. Bisher sind aus diesem Fonds, wie jüngst bei Beratung des Etats des Ministeriums des Innern in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses auf Anfrage eines Zentrumsabgeordneten festgestellt worden ist, katholische Vereine ebensowenig wie jüdische Vereine unterstützt worden. Dagegen haben z. B. im Jahre 1910 erhalten: der Ausschuß der inneren Mission für die Provinz Brandenburg 500 Mk., der Verband der evangelischen Arbeitervereine in Berlin 1000 Mk., der evangelische Jünglingsverein der Versöhnungsgemeinde in Berlin 500 Mk., der evangelische Erziehungsverein in Berlin 450 Mk., der evangelische Arbeiterverein Stolp 500 Mk., der evangelische Erziehungsverein in Posen 1000 Mk., der Provinzialverband evangelischer Arbeitervereine Hannover 1000 Mk. Wenn bisher katholische Vereine aus diesem Fonds nicht bedacht worden sind, so hat dies, wie ein Vertreter des Ministeriums des Innern in der gedachten Sitzung erklärt hat, darin seinen Grund, daß von katholischer Seite bisher keine Anträge auf Unterstützung gestellt worden sind. Bei der jetzigen Lage der politischen Dinge in Preußen dürfen wir wohl die Hoffnung hegen, daß fortan katholische Vereine, wenn sie um Unterstützung einkommen, dasselbe Wohlwollen finden werden, wie es bisher evangelische Vereine der freien Liebestätigkeit gefunden haben. Es empfiehlt sich daher für katholische caritative Vereine, die der Unterstützung bedürfen, mit entsprechenden Gesuchen sich an den Minister des Innern zu wenden, und für den Fall, daß ihre Gesuche abschlägig beschieden werden, hiervon dem einen oder anderen Abgeordneten Nachricht zu geben.

Ausland.

Der türkisch-italienische Krieg.

Rom, 30. April. **(Drahtb.)** Die „Tribuna" schreibt: Nachdem wir bereits hervorgehoben haben, daß man den Verdacht hat, die Türkei werde versuchen, die Schließung der Dardanellen bei den neutralen Mächten auszunutzen, sei heute nochmals erklärt, daß, wenn Italien jetzt freiwillig seine Aktion auf das Meer und die Küsten beschränken wollte, das nicht bedeuten könnte, Italien sei in der Lage, sich weitere Beschränkungen auf andere Länder und Meere auferlegen zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß wir den Interessen der neutralen Mächte nur Schaden zufügten — was unvermeidlich ist —, könnten wir nicht davon Abstand nehmen, die Türkei an der Stelle zu treffen, wo sie am verwundbarsten ist, um sie zu einem unvermeidlichen Schluß des Krieges zu zwingen. Die Mächte müssen dieses unantastbare Recht anerkennen, obgleich eine gewisse Presse sie zu einem Schritt nötigen will, der vielleicht freundlich gemeint, jedoch nur einen schlechten Eindruck auf Italien, das niemals seine internationalen Interessen vernachlässigt hat, machen und für längere Zeit die herzlichen Beziehungen zu den Mächten, die sich dazu hergaben, gefährden könnte. Italien würde dies Vorgehen leider fast (!) als eine Handlung der Neutralitätsverletzung ansehen müssen, die die Türkei zum Widerstand ermutigen würde. Das Recht, die Meerenge zu forcieren, und die Möglichkeit, dies zu tun, ist eines unserer besten Angriffsmittel. Mit welchem Recht würde man uns dieses Recht rauben können? Die Dardanellen zu forcieren ist ein langwieriges und systematisches Werk. Bevor man nur in den Eingang eindringen könnte, würden die Türken alle Zeit haben, Minen zu legen. Die Bewegung unserer Flotte im Ägäischen Meere ist keine Drohung (?), die die Türkei zur Schließung zwingt. Es handelt sich um ein politisches und diplomatisches Manöver, das bezweckte, Europa gegen Italien auszuspielen. Das geht aus der Tatsache hervor, daß die Türkei zuerst auf die italienischen Kriegsschiffe geschossen hat, die gemäß ihrer Order vorbeifuhren, ohne zu feuern, aber durch den Angriff der Türken gezwungen waren, das Feuer zu erwidern. Mit dieser Provokation (!) scheint die Türkei versucht zu haben, einen Vorwand für einen internationalen Druck zu schaffen. Es wäre dies nicht das erstemal der Fall in der Geschichte der Türkei. Auch wir glauben, daß die Meerenge wieder geöffnet werden muß, aber die Mächte müssen zu diesem Zwecke die Türkei zwingen, die Neutralitätsrechte zu achten, und ihr die Illusion nehmen, daß sie sich hinter den neutralen Mächten und ihren Interessen verstecken könnte. Die anderen Mittel, die die Türkophilen angeregt haben, werden doch keinen Beifall finden können, weil sie unlogisch und ungerecht sind und das nationale Bewußtsein verletzen würden.

Rom, 30. April. **(Drahtb.)** Der „Agenzia Stefani" wird aus Petersburg gemeldet: Die „Agence Havas" berichtet aus Konstantinopel: In einem an die Pforte gerichteten, die Wiedereröffnung der Dardanellen betreffende russische Note wurde gesagt, Italien habe die Absicht bekundet, die Meerenge nicht anzugreifen; der italienische Geschäftsträger habe daraufhin Sassanow gefragt, ob diese Behauptung richtig sei. Der Minister dementierte kategorisch die in der Depesche der „Agence Havas" enthaltene Darstellung.

⊡ **Smyrna**, 30. April. **(Eig. Drahtb.)** Gestern nachmittag um 5½ Uhr ist der amerikanische Dampfer „Texas", 900 Tonnen groß, mit 300 Passagieren an Bord, der nach Saloniki auslief, sogleich nach der Ausfahrt gegenüber dem Seefort auf eine Mine aufgefahren und gesunken. Man zählt bisher 220 Tote und 40 Verwundete.

Nach einer anderen Meldung handelt es sich um den Dampfer „Tazos" der türkischen Gesellschaft Hadjidaod. Der Dampfer versuchte, trotzdem er durch Kanonenschüsse gewarnt wurde, durch den mit Minen abgesperrten Weg zu fahren. Dem „Tanin" zufolge befanden sich in dem Schiffe 152 Passagiere, von denen 92 gerettet wurden. Die übrigen Passagiere und die ganze Mannschaft des Schiffes sind umgekommen. Einzelheiten fehlen noch.

Marokko.

Paris, 30. April. Nach einer Blättermeldung aus St. Nazaire sollen die Kreuzer „Gloire" und „Condé", sowie 5 Torpedobootszerstörer nach Marokko abgegangen sein.

Paris, 30. April. Die „Agence Havas" veröffentlicht folgende Note: Die Untersuchung der Ereignisse in Fez durch den Gesandten Regnault ergab: 1. Das Meutern der Truppen hatte seinen Grund in der Unzufriedenheit, die durch die Entscheidung betr. den Sold und durch die Befürchtung der Soldaten, daß sie den Tornister tragen müßten, hervorgerufen worden war. 2. Die Unterzeichnung des Protektorats kann nicht als eine der Ursachen der Unruhen angesehen werden. Ohne Zweifel hat das Ereignis in der fanatischen und unwissenden Bevölkerungsschicht, eine gewisse Feindseligkeit und Erregung hervorgerufen, denn dieser Geist hätte keine ernste Gefahr heraufbeschworen, so lange die Truppen treu blieben. 3. Auch in den Kritiken, die sich im Rahmen der Verurteilung des Mißbrauchs der Amtsgewalt des Maghzen bewegten, kann kein Grund oder Vorwand der feindseligen Bewegung gegen uns gefunden werden. Diese Kritiken hatten seit der Ankunft Regnaults in Fez jede Schärfe verloren, ebenso wenig war irgend eine Spur, die auf fremde Machenschaften hindeutete, zu entdecken. 4. Die Ansicht, daß die Juden eine Revolte angestiftet hätten, entbehrt jeder Begründung. Die Ereignisse beweisen dies. Die Haltung des Sultans ist ebenfalls über jeden Verdacht erhaben. 5. Die Erhebung war nicht organisiert. 6. Die Erregung unter den Stämmen, die im Falle einer Verschwörung hätte zum Ausbruch kommen müssen, fiel nicht mit der Meuterei des Militärs zusammen und zeigte sich tatsächlich nicht unter den benachbarten Stämmen. 7. Es bestanden keine Anzeichen, aus denen man die Erhebung hätte vorhersehen können. Regnault und Moinier hatten keine Nachricht erhalten, die sie in den Stand gesetzt hätte, die Regierung über die Möglichkeit der Meuterei aufzuklären.

Aus der Stadt.

Münster, 1. Mai.

♂ **Ludgeri-Männer-Pfarrverein.** Im Anschluß an die erste Versammlung vom 1. April dieses Jahres, die im Prinzip die Gründung des Vereins beschloß und Pfarrer Beelert zum Vorsitzenden, des gleich etwa 110 Mitglieder zählenden Vereins wählte, findet die eigentliche konstituierende Versammlung am heutigen Mittwoch abend um 9 Uhr im Saale der Union, Krummestraße 7/10, statt. Mögen an dieser Versammlung sämtliche Herren von Ludgeri, soweit sie nur eben kommen können, teilnehmen, damit der Verein, gleich einem kräftigen Baume sich entwickele.

△ **Münsterischer Männerchorbund.** Wie oft schon bei ähnlichen patriotischen Anlässen, so stellt auch der Männerchorbund bei der Weihe der Fahne des Vereins der ehemaligen Angehörigen des 16. Armeekorps durch Exzellenz Graf Häseler sein Wirken in den Dienst der guten Sache. Es werden von ihm unter Dr. Niessens Leitung die beiden, jeden Deutschen begeisternden Lieder „Das treue deutsche Herz" von Julius Otto und „Was ist des Deutschen Vaterland" von Reichhardt gesungen. — Die Probe hierzu findet am Freitag abend den 3. Mai um 9 Uhr im großen Saale des Stadttheaters statt.

○ **Als Feinde unserer Anlagen werden gewöhnlich** — und gewiß nicht mit Unrecht — die Hunde angesprochen. Seit einigen Tagen aber haben sie Hülfe bekommen in einigen Tauben, die wie man zu jeder Tageszeit beobachten kann, mit nicht rastendem Eifer auf dem großen Blumenbeete an der „Rosenallee" das Herz aus den dort jüngst gepflanzten Blumen herauspicken. Ein Fortscheuchen der Tiere ist ohne Erfolg. Es sind daher andere Mittel erforderlich, will man bewirken, daß diese Vandalenarbeit im kleinen endlich ein Ende nimmt.

+ **Ein interessanter Vortrag** wird am 4. Mai 6 Uhr nachmittags in der Westf. Wilhelms-Universität gehalten: Der Ingenieur F. G. Pein aus Hamburg wird über das alte Problem der Ausnutzung der Kraft der Ebbe und Flut sprechen, das für ganz Norddeutschland von der größten volkswirtschaftlichen Bedeutung ist. In jüngster Zeit ist es gelungen, ein Verfahren auszuarbeiten, auf dessen Grundlage in Husum ein Elektroflutwerk gebaut wird, das eine große Reihe von Ortschaften und Gemeinden im Umkreise von 65 Kilometer mit billigem Licht- und Kraftstrom versorgt. Eintrittskarten zu dem Vortrage besorgt die Universitätsbuchhandlung C. Coppenrath und die Buchhandlung Obertüschen in Münster.

Standesamtsnachrichten. Geburten. 25. April. (Zwillinge) S. und T. des Schreiners Anton Schöne. — 29. Sohn des Agenten Konrad Loedige. Heiraten. 30. April. Heizer Wilh. Föhring und Elis. Steinhoff, beide hier. — Kutscher Bernhard Lovermann und Josefine Muddemann, beide hier. Sterbefälle. 29. April. Witwe Josefine Husmann geb. Loerbrocks, 53 Jahre alt. — Ehefrau Anna Loedige geb. Advena, 40 Jahre alt. — Sohn des Agenten Konrad Loedige, 5 Minuten alt. — Private Klara Dündorff, 57 Jahre alt. — Ehefrau Katharina Drüppel geb. Eggert, 48 Jahre. — Barmherzige Schwester Nicomeda geb. Auguste Kaets, 35 Jahre alt.

Aus den Provinzen.

♂ **Saerbeck**, 30. April. (Ein Feldbrand) ist am Lengericher Damm entstanden. Große Wolken von Dampf ziehen über das Land. Es sind große Weiden- und Tannenpflanzungen gefährdet.

Warendorf, 29. April. (Ein Konzert) veranstaltete am vergangenen Donnerstag der Tonkünstler Ernst Brüggemann aus Münster unter Mitwirkung des Männergesangvereins Warendorf, der Dresdener Hofopernsängerin Lotte Kreisler, des Einj.-Freiw. Andrä und einiger seiner Schüler im Hotel Schnösenberg-Mieländer. Der Konzertsaal war bis auf den letzten Platz besetzt, und die freudige Aufnahme des Konzertgebers und der Mitwirkenden zeigte am besten, wie man die prächtigen künstlerischen Darbietungen zu werten wußte. Ernst Brüggemann ist in Warendorf seit langen Jahren ein beliebter Gast und diesmal wurde er mit herzlicher Freude aufgenommen, da er nicht nur als glänzender Geigenspieler, sondern auch als ernster, gewissenhafter Lehrer auftrat. Auch Frl. Kreisler und Herr Andrä weckten mit ihren Lieder- bezw. Klaviervorträgen stürmischen Beifall, der in gleicher Weise auch dem die Vorträge mit Chören prächtig umrahmenden Männergesangverein Warendorf und seinem Leiter, Lehrer Bergmann, zuteil wurde.

+ **Aus dem Oldenburgischen**, 29. April. (Verschiedenes.) Beim Heuabladen stürzte ein Landwirt aus Süd-Georgsfehn in eine Heugabel, dessen Spitze ihm in den Bauch drang. Die erlittenen Verletzungen sind so schwer, daß ärztliche Hilfe kaum von Erfolg sein wird. — Das Kind eines bei Oldenburg wohnenden Arbeiters trank während der Abwesenheit seiner Eltern aus einer Flasche Lysol und starb sogleich.

Das B…
für
See, Reise…
u. Geb…
sind mei…
garan…
wasserdi…
Tiroler …
Mänt…
Jos. W…
Ludgerist…
Fernruf 1…
Gebr. Kinde…
mit Gummireifen …
geben. Industrie…

Der gefährlichste Feind im Haushalt

ist die

MOTTE!

Jeder hascht nach ihr, wenn sie durch das Zimmer fliegt, weil man die Zerstörungswut dieses unscheinbaren Wesens kennt. Kein Polster, kein Kleidungsstück, kein Teppich, kein Pelzwerk ist vor ihr sicher. Mit Bangen denkt die Hausfrau in der Sommerfrische, ob ihre Wohnungseinrichtung gegen Mottenschaden genügend geschützt sei. Inzwischen leidet der zu Hause gebliebene Ehemann unter dem üblen Geruch von Naphthalin u. Kampfer in allen Zimmern.



Machen Sie das Experiment:

Eine lebende Motte in ein umgestülptes Glas mit Kampfer, Naphthalin oder sonst eines der bekannten Motten-Vertreibungsmittel gesetzt, wird darin vergnügt und munter weiterleben.



Vergnügte Motten unter einem Glase mit Kampfer.

Ein sicher erprobtes, unbedingt zuverlässiges und geruchloses Mittel ist

Dr. Weinreich's Mottenäther

Eine Königliche Schlossverwaltung schreibt:

Gern komme ich Ihrer Bitte nach, in persönlicher Form mein Urteil über Ihren Mottenäther abzugeben. In jahrelangem Gebrauch und der Absicht, denselben beizubehalten, liegt ja wohl die beste Empfehlung, denn in einer Schlossverwaltung gibt es die vielseitigste Verwendung bei einfachsten wie den kostbarsten Dingen.

Kampfer, Pfeffer, Insektenpulver sind wegen Staub, Geruch usw. nicht überall verwendbar und nicht zuverlässig wirksam.

Mottenäther hält entstandenen Schaden auf, verhütet solchen bei achtsamer, rechtzeitiger Verwendung und hat hier alte Brutstätten völlig zerstört. Nachteilige Wirkungen habe ich nicht bemerkt. In meiner sehr langjährigen Erfahrung habe ich kein besseres Mittel kennen gelernt und keinen Anlass, danach zu suchen.

Königliche und fürstliche Hofhaltungen, militärische Kleiderkammern, Königliche Theater, Museen usw. benutzen seit Jahren

Dr. Weinreich's
Motten-
Aether

Laut Bestätigung des Ober-Hofmarschallamtes kommt in den Hofhaltungen

Seiner Majestät des Kaisers und Königs

Dr. Weinreich's MOTTENAETHER seit Jahren mit Erfolg in Anwendung.

Dr. Weinreich's Mottenäther ist für alle, ob grosse oder kleine Haushaltungen, Lagerstätten von Tuch, Garn, Pelzwaren, Konfektionswaren, Möbeln, Polstermöbeln, Federlager usw. zum Schutz vor grossem Schaden unentbehrlich.

Besondere Vorzüge: Sichere prompte Vertilgung der Motten und deren Brut, andauernde Wirkung, absolute Unschädlichkeit auch für die kostbarsten Stoffe, sparsam im Gebrauch. Die Stoffe, Möbel, Kleidungsstücke werden mittels Zerstäuber, wie sie zum Zerstäuben von Parfüm verwendet werden, eingespritzt und sind so für die ganze Saison vor Motten bewahrt. Zimmer, in denen behandelte Gegenstände sich befinden, können gelüftet, Kleidungsstücke jederzeit getragen werden, da ihnen kein unangenehmer Geruch anhaftet. Dr. Weinreich's Mottenäther ist in Flaschen à M. 1.25 und M. 2.– für kleine, M. 3.50 für mittlere und M. 6.– für grosse Haushaltungen, passende Zerstäuber à M. 1.10 und 2.– in Apotheken, Drogerien, Parfümerien und einschlägigen Geschäften zu haben; wo nicht erhältlich, wende man sich an die nachstehende Fabrik. Für Grossverbraucher Lieferung in Ballons à 10 und 15 Liter zu ermässigtem Preise. Auskunft und Prospekte mit zahlreichen glänzenden Anerkennungsschreiben durch den alleinigen Fabrikanten

PHARMAKON G. m. b. H. BERLIN SW 29

In nicht minderwertige Nachahmungen zu erhalten, achte man stets auf den Namen „Dr. Weinreich"

Engros-Niederlagen: Frölich & Co. — A. Waldeck & Co., Münster i. W.

Zur Aufklärung!

Um Irrtümern vorzubeugen, mache ich meine verehrl. Kundschaft darauf erg. aufmerksam, daß sich mein **Cigarren-Geschäft** seit dem 1. Februar ds. Js. nur noch

Wolbeckerstrasse 10

befindet. Das Geschäft Salzstr. 59 habe ich aufgegeben.

Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen danke ich verbindlichst und bitte höfl., mir dasselbe auch fernerhin gefl. zu bewahren.

Anton Günter
Wolbeckerstr. 10.

Aparte Neuheiten
in
Sommerhandschuhen
hochelegante Jabots
empfiehlt in reichster Auswahl

Jos. Wurm,

Ludgeristr. 24, Fernruf 1382.

Bitte mein Schaufenster zu beachten.

Garantie für jedes Stück.

Damen-Handtaschen!

Wollen Sie wirkliche, geschmackvolle Neuheiten, von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführnng preiswert kaufen, dann wenden Sie sich am besten an

Spezial-Haus gegr. 1850 Tel. 1102

B. Engelhard,
Sattlerei,
Ludgeristrasse 73.
Eigene Werkstatt.

Besichtigung ohne Kaufzwang. Ständige Ausstellung.

Garantie für jedes Stück.

Katalog
enthält grösste Auswahl versende gratis und franko.



Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten

Straussfedern

alle fertig zum Selbstgarnieren, es ist dies der feinste Hutputz, im Winter wie im Sommer, immer modern, sehr elegant und vornehm. Ein

echter Straussfedernhut

findet überall das größte Interesse Ich liefere **echte Straußfedern** unt. Nachn. in Tiefschwarz u. Schneeweiß

Länge ca. 36 cm, Breite ca. 18 cm, zu 1.50 M.
„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ 2.50 „
„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ 4.50 „

Retournahme nach 8tägiger Probe!

Ernst Lange, Strauss. Spezialh. **Düsseldorf,** Kaiserstrasse 29.

Kein Ladengeschäft, Versand direkt an Private.

Molkereiprodukte

beabsichtigen wir in Niederlage oder Kommission zu geben. Größte Leistungsfähigkeit.

Molkerei-Centrale Brock-Ostbevern.

Einen

sorgenfreien Lebensabend

sichere man sich durch die Benutzung der

Kaiser Wilhelms-Spende,

Allgemeinen Deutschen Stiftung für Alters-Renten- und Kapital-Versicherung.

Protektor: Se. Kaiserl. u. Königl. Hoheit der **Kronprinz.**

Auskunft und Drucksachen kostenfrei durch Rendant a. D. **Kämpers** in **Münster i. W.,** Theissingstr. 4 und die **Direktion** der Kaiser Wilhelms-Spende in Berlin SW., 68, Zimmerstr. 19a. (F

Das Beste
für
See, Reise, Jagd u. Gebirge
sind meine nur
garantiert wasserdichten
Tiroler Loden-Mäntel.

Jos. Wurm

Ludgeristr. 24.
Fernruf 1382.

Gebr. Kinderwagen
mit Gummireifen billig abzugeben. Industriestr. 34, III.

W. Junkermann,
Rothenburg 48,
gegr. 1836, Fernruf 1089.

Meine Spezialmarken in
Stoffhandschuhen
Passepartout
für Damen und Herren elegant und solide 44a
p. Paar 1,— Mk.
la Force
ff. Leinen, angenehm kühl
p. Paar 1,50 Mk.

Acht Wochen alte
deutsche Schäferhunde
zu verkaufen, Hund 12 Mk., Hündin 8—10 Mk.
Bernhard Siepenet,
Wattringen bei Rheine.

Sonntag abend gold. Armband Bergstr.—Nordstr. verloren.
Abzugeben Nordstraße 2, I. Et.

---

15 000 Mk. auf gute Hypoth. zu verleihen. Offerten unter **B G 77** an die Gesch. ds. Bl.

Ziehung am 30. Mai 1912
Bochumer Lotterie
Westf. Ausstellungslotterie.
1119 Gewinne im Gesamtw. v.
10000 M.
darunter 4 Hauptgewinne zus.
Hauptgw.: **5000 M**
3000 M.
1000 M.
2×500 **1000** M. u. s. w.
Lose 1 Mk. 11 Lose 5 Mk. 10 „
Porto und Liste 30 Pfg. extra empfiehlt und versendet
August Rolef,
Münster, Prinzipalmarkt.

In einer größeren Industriestadt Westfalens wird zur
Neugründung
eines am Platze noch nicht bestehenden Textilunternehmens (Genua-Cord- u. Velvet-Ausrüstung) ein
tätiger Teilhaber
mit Mark 50—60 000 gesucht. Gefl. Anträge unter **O B 5141** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

---

52 000 Mark
auf gute 1. Hypothek von pünktl. Zinszahler per bald gesucht.
Offerten nur v. Selbstverleih. unter Nr. 3402 an die Ann.-Exped. **E. Bendel,** Münster.

Krieger-Verein Münster.

General-Versammlung
am **Donnerstag, 2. Mai 1912,** abends 8½ Uhr, im Vereinslokal Clemensstraße 31.

Tages-Ordnung:
1. Betr. Abgabe v. Ehrenfalven bei der Beerdigung von Kriegsteilnehmern.
2. Betr. Teilnahme des Vereins am Kreisverbandsfeste in Hohenholte.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Sonstige Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Jetzt Prinzipalmarkt 40
Beckhölters
Schuhreparatur-Werkstatt
billigste Preise — schnellste Lieferung.
Grüne Sohlen
die stärksten der Welt.
Gummiabsätze-Ecken
für Herren 1.20 Mark.
für Damen 1.— „
für Kinder 0.80 „

---

1. Etage **Kaiser-Café.** 1. Etage
Leitung: **Wilhelm Steiner.**
Vom 1. bis 31. Mai
täglich **Konzert**
von Böhrs Salon-Ensemble
„Traviata".
4 Damen. 3 Herren.

Münsterscher Männerchorbund.
Probe zur Fahnenweihe (Kameraden 16. Armeekorps) **Freitag abend 9 Uhr** im **Lortzing-Theater.** Lieder: „Das treue deutsche Herz" und „Was ist des Deutschen Vaterland". Noten nicht vergessen.
Dr. Siemon. Dr. Riessen.



Freiwillige Feuerwehr Münster.
2. Kompagnie.
Donnerstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr:
Übung.
Die Hauptleute.

Statt Karten.
Die glückliche Geburt eines gesunden
Mädchens
zeigen hocherfreut an.
H. Stüker u. Frau
Gertrude geb. Aldick.
Münster i. W., 30. April 12.

7500 Mk. als 1. Hyp. zu 5 Proz. auf neuerb. Zweifamilienhaus in der Nähe von Münster zum 1. od. 15. Mai gesucht. Wertobjekt 14 000 Mark. Selbstverk. bevorz. Off. u. **B 2991** an **A. Rolef.**

Statt Karten.
Maria Mittelfarwick
Anton Mütherig
Verlobte.
Albersloh Sendenhorst
im Mai 1912.

---

†
Das Sechswochen-Seelenamt für die verstorbene
Ehefrau
Hermann Peiler
findet statt am Donnerstag, den 2. Mai, morgens ½9 Uhr, in der Liebfrauen-Pfarrkirche, wozu Verwandte und Bekannte frdl. eingeladen werden.



Besonders preiswert:
Bettstelle Nr. 464
mit Fußbrett
80×190 cm Mk. **19.50,**
90×190 cm Mk. **20.50.**
Preisliste kostenfrei.

Joh. Heinr. Jansen,
Alterfischmarkt 1.

Wer einen dankbaren Fussbodenanstrich wünscht,

verwende nur meine allseitig sehr beliebten **Serpinol-Lackfarben.** Trotz des sehr billigen Preises hat der Lack nur die besten Eigenschaften; trocknet in ca. 6 Stunden glashart, gibt hohen und sehr haltbaren Glanz und wird überall gelobt.

Musterkarte gratis. Kilodose 1.60 Mk. nur bei

Carl Francke, Kronen-Drogerie,
Münster i. W. **Freiestraße 1.**
— Versand nach auswärts. —

Von Selbstverleiher 10 000 Mk.
evtl. mehr auf 2. Hypothek zu 5% **gesucht.** Offerten unter **D G 84** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

LAPP Extra-Preise für Strümpfe.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend, Sonntag, Montag, Dienstag.

Enorm billige Preise

für

Damen- und Kinder-Strümpfe.

1 Posten
schwarze baumwoll. engl. lange
Damen-Strümpfe
nahtlos, verstärkte Ferse und Spitze
jedes Paar **36** ₰

1 Posten
ganz dünne schwarze
Seiden-Florstrümpfe
Ia. Ia. Qualität, doppelte Sohle, Ferse und Spitze
verstärkter Saum für Strumpfhalter
jedes Paar **78** ₰

1 Posten
schwarze baumwoll. engl. lange
Damen-Strümpfe
doppelte Sohle und Ferse
ganz vorzüglich in der Wäsche
jedes Paar **46** ₰

1 Posten
lederfarbige
Damen-Strümpfe
engl. lang, nahtlos, verstärkte Spitze
und Ferse, gute Qualität
jedes Paar **38** ₰

1 Posten
schwarze baumwollene
Frauenstrümpfe
deutsche Länge, kräftige solide Ware, doppelte Ferse
und Spitze, **nahtlos,** tadellos in der Wäsche
jedes Paar **48** ₰

1 Posten
lederfarbige
Damen-Strümpfe
Ia. Ia. Qualität, doppelte Sohle
u. Ferse, garantiert waschecht
jedes Paar **48** ₰

Zur gefl. Beachtung!

Die diesjährige Mode.

Zur gefl. Beachtung!

1 Posten **couleurte** baumwollene
Damen-Strümpfe
doppelte Sohle, Ferse und Spitze, verstärkter Strumphalter-Rand,
alle modernen neuesten Farben
jedes Paar **54** ₰

1 Posten couleurte **feinste Seidenflor-**
Damen-Strümpfe
ganz dünn, doppelte Sohle und Ferse, verstärkter Strumpfhalter-Rand,
in den neuesten Farben der Saison
jedes Paar **78** ₰

Lapps Schulstrumpf
Anerkannt gute Marke.

Schwarze und lederfarbige

Kinderstrümpfe

Lapps Schulstrumpf
Anerkannt gute Marke.

nur Ia. Ia. Qualitäten, garantiert haltbar, schwarz und lederfarbig durcheinander

Grösse	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
jedes Paar	38	46	54	62	70	78	86	94	102	110	118	126 ₰

J. LAPP & Co.

Ludgeristrasse 113. **Ludgeristrasse 113.**

E. Schütte

Porzellan-Großhandlung

Fernruf 2112. Alterssteinweg 3—4.

Komplette Brautausstattungen.

Riesen-Auswahl
in
Tafel-, Kaffee- u. Tee-Services,
Wasch- u. Küchen-Garnituren.
Bitte meine Schaufenster zu beachten.

Vortrag d. Ingenieurs E. Pein-Hamburg über
das Elektro-Flutwerk Husum-Nordstrand
Erzeugung kontinuierlicher Kraft durch Ebbe und Flut als elektrische Zentrale,
Sonnabend, 4. Mai, 6 Uhr abends,
in der Universität in Münster, Hörsaal X.
Eintrittspreis 2 Mk.
Vorausbestellungen nehmen entgegen die Buchhandlungen von Coppenrath am Prinzipalmarkt und Obertüschen in der Ludgeristraße in Münster.
Das Komitee:
Oberregierungsrat Jungé, Universitätsprofessor Dr. Konen, Universitätsprofessor Dr. Naendrup. 16a

---

Börsen-Café.

Heute Mittwoch, den 1. Mai und folgende Tage
täglich abends 8 Uhr
die Original
Leipziger Saxonia-Sänger
Dir. Richard Schadewitz
Inhaber des Sächs. und des Preuß. Regierungskunstscheines.
Echt sächsischer Humor! Urkomische Gesamtspiele!
Prima Quartett und Sologesang!
Vornehmes, dezentes Familien-Programm.

Münster **Theater Schmidt** Neuplatz.
Heute Mittwoch, den 1. Mai, abends 8½ Uhr.
Tünnes in Japans Frauenparadies.
— Operetten-Burleske in 3 Akten. —
Billetvorverkauf bis abends 7 Uhr in den Zigarrengeschäften **Wilh. Schuster.**

Zentrums-Wahl-Komitee

Bezirk St. Martini.

Versammlung

am **Mittwoch,** den **1. Mai** abends 8½ Uhr im Lokale des **Herrn Felder, Hörsterstraße.**

Tages-Ordnung:
1. Referat des Herrn Generalsekretärs Brand.
2. Neuwahl der Komiteemitglieder.
3. Verschiedenes.

Alle Zentrumswähler des Bezirks sind hierzu frdl. eingeladen.

Der Bezirks-Vorstand.

Statt besonderer Meldung!

Heute Nacht gegen 1 Uhr verschied nach kurzem, aber schweren Leiden, unsere heißgeliebte, unvergeßliche Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wwe. L. Spiegel
Henriette geb. Werthauer.

Münster, Bingen, Melle, Cassel, 30. April 1912.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Hugo Spiegel.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. Mai nachmittags 3½ Uhr vom Clemens-Hospital aus statt.
Kränze und Kondolenzbesuche im Sinne der Verstorbenen dankend verbeten.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, heute nachmittag 5 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Conrad Lödige
Anna geb. Advena

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzem, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden, wohlvorbereitet durch einen christlich-frommen Lebenswandel, gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sakramente, im 41. Lebensjahre und im 18. einer glücklichen Ehe.

Wir empfehlen die Seele der teuren Verstorbenen der christlichen Fürbitte, besonders den Priestern am Altare

Münster, den 29. April 1912.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 3. Mai cr., vormittags ¼ vor 8 Uhr, vom Sterbehause Sternstr. 41 aus; gleich darauf das Seelenamt in der St. Mauritz-Pfarrkirche.